

Newsticker Korea (August & September 2024)

Stand: 30. September 2024, AHK Korea und adelphi

Terminübersicht: Anstehende Maßnahmen und Aktivitäten

Termin	Aktivität	Themenbereich	Teilnehmende	Partner
11. Oktober 2024	Offshore Wind Business Summit	Offshore Wind	Interessenvertreter, Experten aus Politik, Wissenschaft und Industrie	BMWK, MOTIE, KGCCI, adelphi, Deutsche Botschaft Seoul
17. Oktober 2024	Webinar	Photovoltaik	Experten aus Wissenschaft und Industrie	adelphi, KGCCI, OAV
22-23. Oktober 2024	5th Germany-Korea Hydrogen Conference	Wasserstoff und -Derivate	Interessenvertreter, Experten aus Politik, Wissenschaft und Industrie	BMWK, BMBF, MOTIE, adelphi, KGCCI, Fraunhofer, Hochschule Anhalt, H2Korea, u.a.
6-7 November 2024 (tbc)	Digitaler Workshop	Kohleausstieg	Interessenvertreter, Experten aus Politik, Wissenschaft und Industrie	BMWK, MOTIE, KGCCI, adelphi
12 November 2024	Webinar	tbd	Experten aus Wissenschaft und Industrie	tbd
25-26 November 2024 (tbc)	Digitaler Workshop	Dekarbonisierung der Industrie	Interessenvertreter, Experten aus Politik, Wissenschaft und Industrie	BMWK, MOTIE, adelphi
28 November 2024 (tbc)	Workshop	Neue Geschäftsmodelle im Bereich Energie und Digitalisierung	Interessenvertreter, Experten aus Politik, Wissenschaft und Industrie	BMWK, MOTIE, KGCCI, adelphi
9-13 December 2024 (tbc)	Fünftägige Schulung	Systemisches Konsensieren für mehr Akzeptanz der Energiewende	Ausgewählte Interessenvertreter aus dem Erneuerbaren Energien Bereich	IZES, Energiewende Mediation, adelphi, KGCCI, Deutsche Botschaft Seoul

Umsetzung des energiepolitischen Fachdialogs: Veranstaltungen und Projektfortschritte

Webinar über „Effiziente Dekarbonisierung durch Abwärmenutzung“

Am 7. August veranstaltete das Team der Energiepartnerschaft ein Webinar zur industriellen Abwärmenutzung, um den aktuellen Stand dieser wichtigen Säule der Bemühungen zur Dekarbonisierung in beiden Ländern zu diskutieren. Johannes Dornberger vom Energieeffizienzverband AGFW e.V. eröffnete die Diskussion mit einem Überblick über die Kaskade der Abwärmenutzung in Deutschland und die Auswirkungen der letzten Gesetzesänderungen. Anschließend stellte William Kwi-hyun Kahng von der Korea District Heating Corporation das Tätigkeitsfeld des Unternehmens und die mögliche zukünftige Nutzung von Abwärme vor. Jonas Witt präsentierte einen Anwendungsfall für Abwärme vor Ort und erläuterte die Lösung von ENERGYNEST zur thermischen Speicherung von

Seite 1

überschüssiger Wärme. Anschließend beschrieb Chang-Ki Baek (Pohang University of Science and Technology) seine Forschung zu fortschrittlichen thermoelektrischen Geräten, die eine effizientere Nutzung ermöglichen sollen. Als weiteres Beispiel aus der Praxis stellte Veronica Schwarz den Ansatz von Orcan Energy zur sauberen Stromerzeugung aus Abwärme vor. Unter der Moderation von Gunnar Will (adelphi) bot der Workshop eine gute Gelegenheit zum Austausch und zur intensiven Diskussion über Herausforderungen und Lösungsansätze. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der AHK Korea und adelphi organisiert.

AG1-Expertenworkshop zum Thema Abwärmenutzung

Am 14. August fand im Rahmen der Energieeffizienzreihe der Deutsch-Koreanischen Energiepartnerschaft ein Expertenworkshop zum Thema Abwärmenutzung statt. Die Veranstaltung brachte politische Entscheidungsträger:innen und Wissenschaftler:innen zusammen, um über rechtliche Rahmenbedingungen, Fördermaßnahmen und Strategien zur Nutzung von Abwärme, z.B. aus industriellen Hochtemperaturprozessen und Rechenzentren, in beiden Ländern zu diskutieren. Paul Viktor Papenbrock (BMW) und Yu-Beom Kim (MOTIE) stellten die Rolle von Abwärme für Energieeffizienz und Klimaschutz in ihren jeweiligen Ländern vor. Sie beschrieben auch die Gesetzgebung und die politischen Ziele in diesem Bereich. Anschließend gaben Dr. Peter Radgen (Universität Stuttgart) und Sae-Sin Oh (Korea Energy Economics Institute) einen Einblick in die Potenziale und Herausforderungen der Abwärmenutzung. Sie stellten aktuelle Innovationen und Anwendungsfälle vor und zeigten die Fortschritte in den einzelnen Ländern auf. Die Teilnehmer:innen betonten das große Potenzial der Abwärmenutzung in beiden Ländern und ihre Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele. Um dieses Potenzial zu erschließen, müssen die bestehenden Markthemmnisse beseitigt, hinderliche Regulierungen angepasst und der Kontakt zwischen Abwärmeanbietern und potenziellen Kunden erleichtert werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Wärmenetze zu modernisieren, Abwärmenutzungsoptionen bereits in die Planung neuer Projekte zu integrieren und innovative Technologien, insbesondere zur effizienten Nutzung von Niedertemperaturabwärme, zu fördern. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der AHK Korea und adelphi organisiert. Gunnar Will (adelphi) moderierte die Veranstaltung.

Neue Veröffentlichung zum Thema „Coal-Exit and Beyond: Strukturwandel und ein gerechter Übergang in Korea und Deutschland“

Deutschland und Korea setzen noch heute auf die Verbrennung von Kohle als wichtigen Energieträger. Um ihre Klimaneutralitätsziele bis Mitte des Jahrhunderts zu erreichen, müssen beide Länder möglichst schnell und effizient aus der Kohlekraft aussteigen. Eine neue Studie von adelphi und der FossilExit Research Group im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz stellt die aktuellen politischen Rahmenbedingungen für einen Kohleausstieg in Deutschland und Korea dar und zeigt die Herausforderungen und Chancen auf, die dieser Übergang für beide Länder mit sich bringt. Die jahrzehntelangen Erfahrungen Deutschlands mit dem Kohleausstieg zeigen, dass ein gerechter und rechtzeitiger Übergang aktiv gestaltet werden muss. Strukturpolitik muss nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, ökologische und kulturelle Aspekte berücksichtigen. Um dies zu erreichen, sind Investitionen in die öffentliche Akzeptanz entscheidend. Die Studie zeigt, dass Deutschland und Korea von den gegenseitigen Erfahrungen in der Strukturpolitik und bei der Abkehr von fossilen Energieträgern profitieren können. Die Förderung des bilateralen Austauschs über Politikmaßnahmen, die Zusammenarbeit bei der Förderung erneuerbarer Energien und die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende können beiden Ländern helfen, ihre Klimaziele zu erreichen. Die Studie kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: https://energypartnership-korea.org/fileadmin/korea/media_elements/Structural_Change_and_a_Just_Transition_in_Korea_and_Germany_final.pdf

Energiepolitische und -wirtschaftliche Informationen

Inhalt:

1. [MOTIE und MOJ starten gemeinsam ein Pilotprojekt zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Freileitungsbau](#)
2. [MOTIE priorisiert im Haushalt 2025 den Ausbau von Kernkraftwerken](#)
3. [SK Innovation und E&S fusionieren zu einem Energieriesen mit einem Wert von 100 Billionen KRW \(68 Milliarden EUR\)](#)
4. [Verfassungsgericht kippt Teil des Kohlenstoffneutralitätsgesetz](#)
5. [22. Nationalversammlung unterstreicht ihre Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise](#)
6. [Rückgang der Treibhausgasemissionen um 4,4 % im Jahr 2023](#)
7. [MOTIE will PPAs in langfristige Ausschreibungen für erneuerbare Energien aufnehmen](#)

8. [Neues Gesetz zur Förderung der Offshore-Windenergie und zum Ausbau des nationalen Stromnetzes in der Nationalversammlung eingebracht](#)
9. [Gesammelte Neuigkeiten aus dem Windenergiebereich](#)

1. MOTIE und MOJ starten gemeinsam ein Pilotprojekt zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Freileitungsbau

Am 12. August kündigten das Ministerium für Handel, Industrie und Energie (MOTIE) und das Justizministerium (MOJ) einen Plan zur Schaffung einer neuen Berufskategorie mit der Bezeichnung „Elektroingenieur:in für Übertragungsleitungen“ an, um die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer mit einem E-7-Visum in der inländischen Übertragungsleitungsbauindustrie zu ermöglichen. Fachkräfte im Freileitungsbau sind für den Ausbau von Kernkraftwerken und erneuerbaren Energien zur Deckung des steigenden Strombedarfs unverzichtbar. Aufgrund von Sicherheitsrisiken und schlechten Arbeitsbedingungen ist es schwierig, neue Arbeitskräfte für diese Aufgaben zu finden. Dieser Plan wurde entwickelt, um den derzeitigen Mangel an Fachkräften für die Installation von Übertragungsleitungen zu beheben. Das MOTIE und das MOJ haben einen Pilotplan entwickelt, der die Einreise von ausländischen Arbeitnehmern mit einem E-7-Visum für einen Zeitraum von zwei Jahren in einer Größenordnung von 300 Personen pro Jahr ermöglicht. Während der Laufzeit des Pilotprojekts beabsichtigen die beiden Ministerien, den Prozess der Auswahl ausländischer Fachkräfte, die Bemühungen um die Beschäftigung einheimischer Arbeitnehmer und die Maßnahmen zur Verhinderung illegalen Aufenthalts gemeinsam zu begleiten, um die Implementierung des neuen Systems zu unterstützen und die Beschäftigung koreanischer Staatsangehöriger zu schützen.

Quelle: *Pressemitteilung*, MOTIE, 12.08.2024, <https://www.motie.go.kr/kor/article/ATCL3f49a5a8c/169382/view?mno=&pageIndex=2&rowPageC=0&displayAuthor=&searchCategory=0&schClear=on&startDtD=&endDtD=&searchCondition=1&searchKeyword=>

2. MOTIE priorisiert im Haushalt 2025 den Ausbau von Kernkraftwerken

MOTIE legt den Haushalt für das kommende Jahr auf 11,5 Billionen KRW (7,7 Mrd. EUR) fest, was einer Erhöhung von 21,8 Mrd. KRW (14,7 Mio. EUR) gegenüber dem diesjährigen Haushalt entspricht. Der Haushaltsplan von MOTIE konzentriert sich auf die Kernziele der Regierung, zu denen der Ausbau der kohlenstofffreien Energie, die Förderung der Hightech-Industrie, die Förderung des Exports und die Gewinnung ausländischer Investitionen gehören. MOTIE plant die Entwicklung kohlenstofffreier Energie durch die Förderung des Ausbaus von Kernkraftwerken und erneuerbaren Energien. Die finanzielle Unterstützung für Kernkraftwerke soll im Vergleich zu diesem Jahr um 50 Mrd. KRW (33 Mio. EUR) auf 150 Mrd. KRW (101 Mio. EUR) erhöht werden, während das Budget für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien mit 156,4 Mrd. KRW (105,5 Mio. EUR) um rund 10 Mrd. KRW (6,7 Mio. EUR) niedriger angesetzt wurde als in diesem Jahr. MOTIE plant außerdem, ab nächstem Jahr ein neues Bürgerschaftsprogramm für kohlenstofffreie Energie in Höhe von 42 Mrd. KRW (28 Mio. EUR) aufzulegen, um private Investitionen in erneuerbare Energien in Höhe von 525 Mrd. KRW (354 Mio. EUR) zu mobilisieren.

Quelle: *Electimes*, 28.08.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=342246>

3. SK Innovation und E&S fusionieren zu einem Energieriesen mit einem Wert von 100 Billionen KRW (68 Milliarden EUR)

Am 27. August hielt SK Innovation eine außerordentliche Hauptversammlung ab, auf der die Fusion zwischen SK Innovation und SK E&S von den anwesenden Aktionären mit einer Zustimmung von 85,75 % ratifiziert wurde. Die weltweit führenden Stimmrechtsberatungsunternehmen ISS und Glass Lewis empfahlen die Zustimmung zur Fusion, die von 95 % der ausländischen Aktionäre aktiv unterstützt wurde. Nach der Genehmigung der Fusion wird das neue Unternehmen am 1. November offiziell an der Börse notiert. Durch die Fusion entsteht das größte private Energieunternehmen im asiatisch-pazifischen Raum mit einer Bilanzsumme von 100 Billionen KRW (68 Milliarden EUR) und einem Umsatz von 88 Billionen KRW (60 Milliarden EUR). Es wird erwartet, dass die Fusion die Wettbewerbsfähigkeit des Energieportfolios durch die Integration der Öl- und Batteriesparten von SK Innovation mit den Sparten Flüssigerdgas und erneuerbare Energien von SK E&S verbessern wird. Langfristig soll sich das fusionierte Unternehmen zu einem Konzern entwickeln, der umfassende Energielösungen anbietet, die den Anforderungen des globalen Energiemarktes gerecht werden. Darüber hinaus wird erwartet, dass der Zusammenschluss

Seite 3

eine stabile Finanz- und Ertragsstruktur schafft, da das neue Unternehmen die Stabilität der Einnahmen erhöhen und die finanzielle Solidität durch eine deutlich verbesserte Rentabilität stärken wird.

Quelle: *Electimes*, 28.08.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=342244>

4. Verfassungsgericht kippt Teil des Kohlenstoffneutralitätsgesetz

Am 29. August entschied das koreanische Verfassungsgericht, dass Artikel 8, Absatz 1 des „Rahmengesetzes über Kohlenstoffneutralität und grünes Wachstum zur Bewältigung der Klimakrise (Kohlenstoffneutralitätsgesetz)“ nicht mit der Verfassung vereinbar ist. In Artikel 8 ist festgelegt, dass die Regierung die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 35% im Vergleich zu 2018 reduzieren muss. Das koreanische Verfassungsgericht stellte fest, dass die Regierung kein quantitatives Reduktionsziel für die Zeit nach 2030 vorgelegt hat und dass es keinen Mechanismus gibt, der eine schrittweise und kontinuierliche Reduktion der Treibhausgasemissionen bis zum Erreichen des Ziels der Kohlenstoffneutralität im Jahr 2050 wirksam gewährleistet. Das Verfassungsgericht entschied, dass dies gegen die Rechte des koreanischen Volkes verstößt und dass der betreffende Artikel eine unangemessene Belastung für künftige Generationen darstellt. Infolge dieses Urteils gilt Artikel 8, Absatz 1 des Gesetzes über die Kohlenstoffneutralität nur noch bis zum 28. Februar 2026 und die Regierung muss bis dahin entsprechend stärkere Klimaschutzmaßnahmen entwickeln.

Quelle: *Electimes*, 29.08.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=342356>

5. 22. Nationalversammlung unterstreicht ihre Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise

Der Präsident der koreanischen Nationalversammlung Won-shik Woo (Demokratische Partei) erklärte bei der Eröffnungszeremonie am 2. September, dass die 22. Nationalversammlung zu einer „Klima-Nationalversammlung“ werden solle. Er betonte insbesondere, dass die Nationalversammlung den Weg für den Klimaschutz durch Gesetzgebung ebnen und gleichzeitig umweltfreundliche Praktiken innerhalb der Organisationen der Nationalversammlung verbreiten solle. Darüber hinaus schlug er vor, unverzüglich einen Sonderausschuss zur Klimakrise in der Nationalversammlung einzurichten. Dieser solle in der Lage sein, substantielle Veränderungen herbeizuführen, indem er das Recht erhalte, entsprechende Gesetzesvorschläge zu prüfen und über den Haushalt zu beraten. Dieser Vorschlag erfolgt vor dem Hintergrund, dass im August Artikel 8, Absatz 1 des „Rahmengesetzes über CO₂-Neutralität und grünes Wachstum zur Bewältigung der Klimakrise“ für verfassungswidrig erklärt wurde.

Quelle: *Electimes*, 03.09.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=342514>

6. Rückgang der Treibhausgasemissionen um 4,4 % im Jahr 2023

Das Greenhouse Gas Inventory and Research Center of Korea (GIR), eine Abteilung des Umweltministeriums, schätzt die koreanischen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2023 auf 624,2 Millionen Tonnen, was einem Rückgang von 4,4% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Den größten Rückgang verzeichnet der Energiesektor mit einem Minus von 7,6% (16,5 Millionen Tonnen). Dies ist auf einen Rückgang der gesamten Stromerzeugung um 1,2% zurückzuführen, während gleichzeitig der Anteil der Stromerzeugung aus kohlenstofffreien Energiequellen wie Kernkraftwerken und erneuerbaren Energien um 4,4 TWh bzw. 3,5 TWh zunahm. Den zweitgrößten Rückgang verzeichnete der Gebäudesektor mit 7%, und auch im Industriesektor sanken die Treibhausgasemissionen um 3%. Die THG-Emissionen Koreas sind seit 2022 kontinuierlich gesunken. Inzwischen ist ein klarer Trend zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und THG-Emissionen zu erkennen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit 2022 jedes Jahr gestiegen.

Quelle: *Electimes*, 10.09.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=342925>

7. MOTIE will PPAs in langfristige Ausschreibungen für erneuerbare Energien aufnehmen

Branchenkreisen zufolge plant MOTIE, im Laufe dieses Jahres direkte Stromkaufvereinbarungen (engl. Power Purchase Agreements, PPAs) zur Erreichung von RE100 in seine Ausschreibungen für langfristige Festpreisverträge für erneuerbare Energien aufzunehmen. Die Regierung plant, als Vermittler zwischen Unternehmen aus dem Bereich erneuerbare Energien, die RE100-Verträge anstreben, und privaten Unternehmen zu fungieren. Da die meisten RE100-Unternehmen ihre Lieferanten zur Teilnahme an der RE100-Initiative verpflichten, wird die Nachfrage nach Handel mit erneuerbaren Energien entsprechend steigen. Insbesondere Strom aus Solar- und Onshore-Windkraftanlagen wird für den Handel mit PPAs in Betracht gezogen. Es wird erwartet, dass Unternehmen aus dem Erneuerbare-Energien-Sektor, die langfristige Verträge abschließen wollen, die Wahl haben werden zwischen den langfristigen Festpreisverträgen des Renewable Portfolio Standard (RPS), die einen relativ niedrigen Preis, aber einen stabilen Stromhandel bieten, und dem RE100-Markt, der einen höheren Handelspreis, aber etwas weniger stabil ist.

Quelle: *Electimes*, 19.09.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=343259>

8. Neues Gesetz zur Förderung der Offshore-Windenergie und zum Ausbau des nationalen Stromnetzes in der Nationalversammlung eingebracht

Am 26. September schlug der Abgeordnete Won-I Kim (Demokratische Partei), geschäftsführender Sekretär der Oppositionspartei im Ausschuss für Handel, Industrie, Energie, KMU und Unternehmensgründungen, das „Sondergesetz zur Förderung der Offshore-Windenergie“ und das „Sondergesetz zur Entwicklung des nationalen Stromnetzes“ vor. Diese Gesetzesentwürfe sollen der Regierung eine rechtliche Grundlage bieten, um die komplexen Genehmigungs- und Netzfragen zu lösen, die derzeit die Entwicklung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien im Allgemeinen und der Offshore-Windenergie im Besonderen behindern. Das Sondergesetz zur Offshore-Windenergie sieht vor, dass die Regierung die Federführung bei der Standortsuche übernimmt. Darüber hinaus soll ein dem Premierminister unterstellter Ausschuss für die Entwicklung der Offshore-Windenergie eingerichtet werden, der verschiedene Konsultations- und Genehmigungsverfahren unterstützt, die Akzeptanz bei der lokalen Bevölkerung gefunden haben. Der Gesetzesentwurf unterscheidet sich von dem der letzten Legislaturperiode dadurch, dass er sich auf Offshore-Windenergieprojekte beschränkt und neue Regelungen zum Schutz bestehender Betreiber enthält. Darüber hinaus enthält das „Sondergesetz zur Entwicklung des nationalen Stromnetzes“ Bestimmungen zur Entwicklung und Umsetzung eines „Masterplans zur Entwicklung des nationalen Stromnetzes“ und zur Einrichtung eines Ausschusses für den Ausbau des nationalen Stromnetzes unter der Leitung des Premierministers. Damit soll die Regierung ein umfassendes Managementsystem für das nationale Stromnetz einrichten, das die Standortauswahl, die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und die Erhöhung von Ausgleichszahlungen zur Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien umfasst.

Quelle: *Electimes*, 27.09.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=343687>

9. Gesammelte Neuigkeiten aus dem Windenergiebereich

MOTIE stellt Fahrplan für wettbewerbliche Ausschreibungen für Offshore-Windenergie vor

Am 8. August veranstaltete das MOTIE eine Konferenz mit Offshore-Windunternehmen und stellte die „Roadmap für wettbewerbsorientierte Ausschreibungen im Bereich Offshore-Wind“ vor. Diese Initiative ist Teil der im Mai letzten Jahres angekündigten „Strategie zur Ausweitung des Angebots und zur Stärkung der Lieferkette für erneuerbare Energien“. Die Regierung bereitet Folgemaßnahmen zu dieser Strategie vor, darunter auch Maßnahmen zur Förderung der Solarstromerzeugung in Industrieanlagen. Im Oktober plant MOTIE eine Ausschreibung für Windenergie zu veröffentlichen. MOTIE zeigte sich zuversichtlich, dass die Roadmap zu erheblichen Investitionen in die Offshore-Windenergie führen, Arbeitsplätze schaffen und die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur wie Häfen und Schiffe fördern wird. Die Roadmap sieht drei wichtige politische Maßnahmen vor:

1. MOTIE wird in drei verschiedenen Ausschreibungen über einen Zeitraum von zwei Jahren, beginnend in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 bis zur ersten Hälfte des Jahres 2026, insgesamt 7 bis 8 GW an Windenergiekapazität zuweisen.

2. Da die schwimmende Offshore-Windenergie im Vergleich zur festen Offshore-Windenergie höhere Energiekosten erfordert, was den Preiswettbewerb erschwert, wird ein separater Ausschreibungsmarkt für schwimmende Offshore-Windenergie neu eröffnet werden. MOTIE wird in diesem Jahr 1 bis 1,5 GW an konventionelle Offshore-Windenergie und 0,5 bis 1 GW schwimmende Offshore-Windenergie ausschreiben.
3. MOTIE wird ein zweistufiges Verfahren zur Auswahl der Gebote einführen, um neben einer preisorientierten Bewertung auch die Förderung der heimischen Lieferkette zu berücksichtigen.

Quelle: Pressemitteilung MOTIE 08.08.2024, <https://www.motie.go.kr/kor/article/ATCL3f49a5a8c/169378/view?mno=&pageIndex=1&rowPageC=0&displayAuthor=&searchCategory=0&schClear=on&startDtD=&endDtD=&searchCondition=1&searchKeyword=>

Stopp für zwei große Offshore-Windprojekte der öffentlichen Hand

Industriequellen zufolge sind die von Korea Energy (KOEN) geförderte Sinan Ui Offshore Wind Power und die von Korea Electric Power Corporation (KEPCO) geförderte Sinan Offshore Wind Power bei der vorläufigen Machbarkeitsstudie zur Bewertung öffentlicher Projekte des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen (MOEF) durchgefallen. Öffentliche Großprojekte mit Gesamtkosten von mehr als 50 Mrd. KRW (34 Mio. EUR) müssen eine Machbarkeitsstudie des MOEF durchlaufen, in der die Durchführbarkeit des Projekts anhand einer Analyse der wirtschaftlichen Machbarkeit, der politischen Durchführbarkeit und der Auswirkungen auf die regionale Entwicklung ermittelt wird. Der Grund für das Scheitern der beiden Offshore-Windprojekte in der Vorstudie des MOEF waren Fragen der wirtschaftlichen Machbarkeit. Nach den Folgen von COVID-19 und dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine sind die Material- und Baukosten rapide gestiegen, was zu einem Anstieg der Gesamtprojektkosten um ca. 30% pro 1 MW im Vergleich zu vor einigen Jahren geführt hat. Darüber hinaus argumentiert die Branche, dass Projekte, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, zwangsläufig höhere Projektkosten aufweisen, da die Nutzung von Lieferketten begrenzt und die Verfahren transparenter sind als bei Projekten mit privaten Investitionen. Das Ministerium für Handel, Industrie und Energie kündigte Anfang August dieses Jahres die „Offshore Wind Power Competitive Bidding Roadmap“ an, die die Rolle des öffentlichen Sektors bei Offshore-Windprojekten stärken soll.

Quelle: Electimes, 15.08.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=341628>

Drei schwimmende Offshore-Windprojekte vor der Küste von Ulsan schließen UVP erfolgreich ab

Die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für Munmu Baram, einen schwimmenden Offshore-Windpark mit einer Leistung von 1.125 MW, der etwa 60 km vor der Küste von Ulsan errichtet werden soll, wurden am 28. August vom Ministerium für Handel, Industrie und Energie (MOTIE) nach Beratung mit dem Umweltministerium (ME) endgültig genehmigt. Der schwimmende Offshore-Windkraftkomplex mit einer Leistung von 1.125 MW, der von Korea Floating Wind Power (KFWind) vor der Küste von Ulsan entwickelt wird, hat ebenfalls am 27. August die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv abgeschlossen. Nachdem nun alle fünf Projekte für schwimmende Offshore-Windkraftanlagen vor der Küste von Ulsan die Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschlossen haben, wird erwartet, dass der Markt für schwimmende Offshore-Windkraftanlagen in Korea ernsthaft in Gang kommt. Von den fünf Projekten, die sich für die Teilnahme an der für die zweite Jahreshälfte geplanten Ausschreibung für langfristige Festpreisverträge qualifiziert haben, erwägen zwei bis drei Standorte eine Teilnahme an der Ausschreibung.

Quelle: Electimes, 29.08.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=342253>

Die Provinz Jeonnam will die Entwicklung von Offshore-Windparks unter öffentlicher Führung auf weitere Städte und Landkreise ausweiten

Yeosu City in Jeollanam-do wurde als Region für das „2024 Public-led Large-scale Offshore Wind Farm Development Support Project“ ausgewählt, das vom Ministerium für Handel, Industrie und Energie (MOTIE) ausgeschrieben wurde. Es wird erwartet, dass die Entwicklung von Offshore-Windparks in Jeollanam-do auf den Landkreis Sinan ausgedehnt wird. Die Stadt Yeosu hat einen Offshore-Windenergie-Geschäftsplan zur Förderung der Offshore-Windenergie entwickelt und im November letzten Jahres mit der Umsetzung begonnen. Nachdem Yeosu City von MOTIE für dieses Förderprojekt ausgewählt wurde, soll dort bis 2032 ein Offshore-Windkraftkomplex mit einer

Gesamtkapazität von 9 GW errichtet werden. Das bisherige Projektvolumen beläuft sich auf 6 GW, wovon 4,5 GW von MOTIE an private Betreiber vergeben wurden. Das Projekt soll bis Dezember 2026 realisiert werden.

Quelle: *Electimes*, 31.08.2024, <https://www.electimes.com/news/articleView.html?idxno=342419>

Verteidigungsministerium genehmigt nur 16% der Offshore-Windprojekte

Nach Angaben des MOTIE und des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MND) haben von den insgesamt 87 Projekten, die im letzten Monat eine Genehmigung zur Stromerzeugung erhalten haben, nur 14 Offshore-Windprojekte die Zustimmung des MND erhalten. Das sind nur 16 % der Gesamtzahl. Da alle 14 Projekte nur eine „bedingte Genehmigung“ erhielten, ist davon auszugehen, dass Offshore-Windprojekte während des Konsultationsverfahrens des MND auf Schwierigkeiten stoßen. 5 der 87 Projekte wurden als „nicht zustimmungspflichtig“ eingestuft und für die restlichen 68 Projekte hat die Konsultation noch nicht einmal begonnen. Mit dem Bau von Offshore-Windprojekten kann erst begonnen werden, wenn die Elektrizitätsregulierungskommission des MOTIE eine Genehmigung für die Stromerzeugung erteilt hat und die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die militärische Prüfung erfolgreich abgeschlossen wurden. Deshalb ist es für die Entwicklung der Offshore-Windenergie von entscheidender Bedeutung, dass das MND der militärischen Prüfung zustimmt. Derzeit gibt es in Korea nur drei kommerziell betriebene Offshore-Windkraftanlagen mit einer kumulierten installierten Leistung von 124,5 Megawatt.

Quelle: *yna*, 17.09.2024, <https://www.yna.co.kr/view/AKR20240913153800003?input=1195m>